

Was sagen die russischen Kommunisten?

<https://www.jungewelt.de> am 10.06.2017

Russland war für die USA nie ein Partner auf Augenhöhe - Gespräch mit Dmitri G. Nowikow. Über Russland als Friedenskraft, die inneren Widersprüche seiner Gesellschaft und das Wiedererstarken der Kommunisten. *Interview: Martin Dolzer*



Zum internationalen Arbeiterkampftag, dem 1. Mai, organisierte die Kommunistische Partei der Russischen Föderation auch dieses Jahr eine Großdemonstration in Moskau - Foto: Artyom Korotayev/TASS/dpa

Die Regierungen der USA, der EU-Mitgliedsstaaten, der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars verfolgen seit Jahren eine Politik der Destabilisierung des Mittleren Ostens und Nordafrikas. Sie erhoffen sich davon die Durchsetzung eigener geostrategischer Interessen. Auch der Krieg in Syrien findet vor diesem Hintergrund statt. Kann dieser Konflikt gelöst werden?

Eine weitere Eskalation des Konflikts ist aus unserer Sicht absolut unnötig und hat für alle Akteure negative Konsequenzen. Um der destruktiven Politik im Mittleren Osten entgegenzuwirken, tritt die Russische Föderation heute als Friedenskraft auf. Durch die Unterstützung Syriens gegen den »Islamischen Staat«, die Fatah-Al-Scham-Front und die »Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte« – die »gemäßigte«, aber dennoch gut bewaffnete Opposition – kümmert sich Russland nicht nur um die eigene Sicherheit, sondern versucht auch die Situation in der ganzen Region zu stabilisieren. Russland engagiert sich auf Anfrage der syrischen Regierung im Kampf gegen die genannten islamistischen Gruppierungen.

Auf der anderen Seite ist die weltweite Oligarchie nicht nur an einer Fortsetzung des Konflikts interessiert, sondern an einer maximalen Eskalation. Die Regierungen der USA und der EU, aber auch weitere, offen terroristische Strukturen sind daran beteiligt. Hieran ist nichts neu: Das Großkapital weitet seit jeher seinen Einfluss durch Expansion und die Zusammenarbeit mit zerstörerischen Kräften aus.

Der Mittlere Osten hat durch seine gigantischen Öl- und Gasvorkommen sowie durch seine einmalige strategische Lage stets kolonialistische Kräfte angezogen. 1916 verabredeten Briten und Franzosen im geheimen Sykes-Picot-Abkommen die künftigen Grenzen der Türkei, Irans, Iraks und Syriens. Heute zeigt sich diese »Anziehungskraft« der Region zum Beispiel am »Greater Middle East Project« der USA und diversen strategischen Papieren der EU.

Das ist eindeutig der Fall. Hier überschneiden sich seit langem die Interessen vieler Mächte. 1957 verkündete der amerikanische Präsident Eisenhower, dass er die Ausweitung des amerikanischen Einflusses im Mittleren Osten als wichtige Aufgabe sehe. Resultat der darauffolgenden Politik waren ständige große und kleine Kriege. Hunderttausende Zivilisten kamen in ihnen ums Leben, ganze Staaten und Regionen wurden ins Chaos gestürzt. Im Gegensatz zu den USA mit ihrer hegemonialen Politik definierte die Sowjetunion – später auch Russland – eine friedliche und stabile Entwicklung der Region als primäres Ziel ihrer »Nahoststrategie«.

Die aktuelle Syrien-Krise wurde seitens der USA provoziert. Zahlreiche Versuche Russlands, eine Lösung herbeizuführen, beantwortete Washington mit der Forderung, es solle die Absetzung Assads erwirken. Daran sei die Beendigung des Krieges geknüpft. Der Sturz des rechtmäßig gewählten Präsidenten Baschar Al-Assad ist für die US-Regierungen der Weg zur weiteren Stärkung des eigenen Einflusses im gesamten Mittleren Osten.

Ob die Wahl des neuen Präsidenten der USA etwas daran ändert, wird die Zeit zeigen. Einige Voraussetzungen dafür sind vorhanden. In jedem Fall muss eine politische Lösung gefunden werden, die in erster Linie den Interessen des syrischen Volkes dient.

EU und USA verhängten wegen des Konflikts in der Ukraine und wegen des Referendums auf der Krim über den Beitritt zur Russischen Föderation Sanktionen gegen Russland. Wie bewerten Sie das?

Die letzten zwei Jahrzehnte haben uns eine einfache Wahrheit gelehrt: Für die Regierungen der USA war unser Land nie ein Partner auf Augenhöhe. Russland wird wie früher die UdSSR als Gegner betrachtet, dessen Einfluss, soweit es geht, eingeschränkt werden soll. Das Bündnis des Warschauer Vertrags wurde aufgelöst, die Streitkräfte wurden aus den ausländischen Basen abgezogen, und Russland gab eine außenpolitische Position nach der anderen auf – doch all dies änderte daran nichts.

Die NATO hat – entgegen allen Versprechungen – ihre Militärmacht an unseren Grenzen ständig weiter ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird dann jeder unabhängige Schritt Russlands in der Außenpolitik propagandistisch als »Aggression« bezeichnet.

In der amerikanischen »Zukunftsvision« ist für Russland und seine Bevölkerung keine würdevolle Rolle vorgesehen. Leider wird man auch weiterhin versuchen, unser Land mit Blockaden zu schwächen, durch Kriege zu bedrohen, mit Wirtschaftssanktionen zu belegen und unsere Bürger zu verfolgen. Ein Beispiel hierfür war auf anderer Ebene der Ausschluss der russischen paralympischen Mannschaft von den Wettkämpfen. Ich unterstreiche das: Dieser Ausschluss war politisch motiviert und verstieß gegen die Unschuldsvermutung, da er ohne Untersuchung auf alle Sportler ausgeweitet wurde.

Die Sanktionen wegen der Krim oder mögliche Sanktionen wegen Syrien reihen sich in dieses Schema ein. Doch die russische Wirtschaft erlebte ihren größten Rückschlag nicht durch Sanktionen, sondern durch Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds in den 1990er Jahren, nämlich aufgrund der darauffolgenden kriminellen Privatisierungen. Der Eintritt in die Welthandelsorganisation hat die negativen Konsequenzen für die Bevölkerung noch verstärkt. Diese Schritte hatten zerstörerische Auswirkungen auf unsere Industrie, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie das Sozial- und Rentensystem. Deshalb verloren und verlieren wir weiterhin soziale Errungenschaften aus der Sowjetzeit, die allen Menschen eine angemessene Teilhabe ermöglichten.

Die Sanktionen der westlichen Regierungen könnten, so ungewöhnlich dies klingt, auch eine positive Rolle spielen. Potentiell sind sie ein mächtiger Stimulus für die Entwicklung der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft in unserem Lande. Dank ihnen könnte Russland viele Probleme lösen, z. B. die Arbeitslosigkeit deutlich senken und das Defizit des Rentenfonds verringern. Die KPRF hat dazu ein gut durchdachtes Programm, das wir auf dem Orlower Wirtschaftsforum beraten haben; bei den letzten Parlamentswahlen haben wir es vorgelegt.

Ein Frieden im Donbass ist trotz des Abkommens Minsk II nicht in Sicht. Welchen Ausweg gibt es?

Dies ist ein sehr schmerzliches Thema für uns sowie alle Bürger Russlands. Im Frühling 2014 wurde in der Ukraine ein Putsch unter Beteiligung pro-faschistischer Kräfte durchgeführt. Mehr als 40 Diplomaten aus den USA und Vertreter einer Reihe europäischer Länder beteiligten sich unmittelbar an diesen Ereignissen. Erinnern Sie sich an Frau Victoria Nuland und ihre berühmt gewordene Verteilung von Keksen auf dem Maidan in Kiew. Als Antwort auf die Offensive äußerst rechter Kräfte entstand eine starke Volksbefreiungsbewegung, die den gesamten Südosten der Ukraine ergriff – von Odessa bis Charkow. Und Russland konnte hier nicht tatenlos zusehen. Vor allem nicht, da Neonazis begannen, sich an ihren Gegnern und Antifaschisten zu vergehen.

Am 2. Mai starben in Odessa mehr als 50 Menschen, als Faschisten das Gewerkschaftshaus in Brand steckten und Menschen tot prügelten, die den Flammen entkamen.

Es ist kaum zu glauben, dass so ein grauenvolles Massaker im 21. Jahrhundert stattfinden konnte.

Welche Position vertritt die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die KPRF, in Bezug auf den Donbass und die Krim?

Die KPRF befürwortet die eindeutig ausgefallene Abstimmung auf der Krim und in Sewastopol über die Rückkehr in die Heimat. Bis heute setzt unsere Partei ihre Unterstützung für die Volksrepubliken des Donbass fort. Regelmäßig entsenden wir Fahrzeugkonvois mit humanitärer Hilfe. Wir Kommunisten standen immer für eine Wiederherstellung eines gemeinsamen Staates wie auch eine Annäherung Russlands und der Ukraine.

Allerdings war die Politik der russischen Regierung in den letzten Jahren inkonsequent. Auch deshalb konnten antirussische und antiukrainische Kräfte erfolgreich sein. Die Ukraine wurde zielstrebig in einen Bürgerkrieg gestürzt. Die neuen Kiewer Machthaber profilieren sich nun durch schlimmste Strafaktionen und Sanktionen gegen Oppositionelle und die Zivilbevölkerung. Auch die Minsker Vereinbarungen haben keinen Frieden im Donbass geschaffen. Für den Westen waren sie ein Instrument, um den Konflikt einzufrieren und damit das Auseinanderfallen und den Sturz des Kiewer Regimes zu verhindern, das sich aus militärischer Sicht unvorbereitet zeigte. Der Donbass wird weiterhin beschossen. Die ukrainischen Truppen machen sich immer wieder des Todes unschuldiger Menschen schuldig. Für viele Bürger Russlands ist das aufgrund familiärer und freundschaftlicher Beziehungen auch eine persönliche Tragödie.

Unsere Partei hat mehrmals vorgeschlagen, die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anzuerkennen und die Kontakte mit ihnen allseitig auszuweiten. Viele Familien dort haben auf beiden Seiten der Grenze Verwandte. Tausende Menschen starben, ein Ende des Konflikts ist nicht absehbar. Um dieses Problem zu lösen, muss umgehend die Einmischung Washingtons und seiner Verbündeten beendet werden. Es ist nötig, den Willen der Bevölkerung im Donbass zu respektieren, die sich beim Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen hat.

Die außenpolitische und wirtschaftliche Situation Russlands ist momentan angespannt. Sehen Sie unter diesen Bedingungen für die KPRF die Möglichkeit, eine sozialere Politik in Russland durchzusetzen?

Von den aktuellen politischen Realitäten ausgehend, ergibt es keinen Sinn, auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme und auf eine Erweiterung der Sozialprogramme zu hoffen. Die Partei »Geeintes Russland« kontrolliert das Unterhaus der Staatsduma vollständig. Und diese Partei hat nicht die Absicht, eine sozialere Politik zu betreiben.

Der neue Staatshaushalt ist ein Haushalt des Verfalls und der Zerstörung. Im ohnehin ausgebluteten Gesundheitswesen sowie in Bildung und Wissenschaft erwarten wir weitere Kürzungen. 72 von 100 Menschen werden mit monatlich 15.000 Rubel, etwa 235 Euro, oder weniger auskommen müssen. Das bedeutet offensichtliche Armut.

Die KPRF wird selbst unter den ungünstigsten Bedingungen für die Rechte der Werktätigen kämpfen. Der Zusammenbruch der liberalen Parteien verstärkt die Position der Kommunisten als einziger oppositionellen Kraft. Wir bieten den Menschen Alternativen. So hat die KPRF Programme zur Entwicklung der Wirtschaft und des Sozialbereichs. Denn wenn im Land gearbeitet wird, dann finden sich auch Mittel für eine allgemeine medizinische Versorgung, für Bildung, für Grundlagenforschung und angemessene Renten. Die historischen Erfahrungen unseres Landes beweisen, dass eine effektive Entwicklung nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit möglich ist.

Wladimir Putins Partei »Geeintes Russland« gewann die letzten Wahlen zur Staatsduma mit deutlichem Abstand.

Ich erinnere an das Ergebnis der vorherigen Wahlen von 2011. Auch dort hatte »Geeintes Russland« gewonnen, ohne der Gesellschaft ein ernsthaftes Entwicklungsprogramm vorzulegen. Was sind die Konsequenzen? Durch einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verlor das Land Trillionen Rubel.

Die KPRF hat bei den letzten Wahlen das Antikrisenprogramm »Zehn Schritte für ein würdiges Leben« vorgeschlagen. Um unsere Ideen zu erläutern, veranstalteten wir Tausende Treffen mit den Wählern. Selbst unter schwierigen Bedingungen bekam die KPRF große Unterstützung in den Republiken Mari El, Burjatien, Baschkirien, Nordossetien sowie in den Oblasts Omsk, Irkutsk, Nowosibirsk, Kostroma und Uljanowsk, im Kreis Altai und in einer weiteren Reihe von Regionen. In den Ein-Mandat-Wahlkreisen waren sieben unserer Kandidaten erfolgreich. Wir sind damit zweitstärkste Partei und führende Oppositionspartei.

Obwohl die Regierung vor den Wahlen erneut das Wahlrecht änderte, kann man anhand der Resultate nicht von einem Triumph von »Geeintes Russland« sprechen. Selbst nach offiziellen Zahlen ist weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten in den Wahllokale erschienen. Die Leute glauben nicht mehr an die Wirksamkeit der bürgerlich-demokratischen Prozeduren. 2007 stimmten noch 45 Millionen Menschen für »Geeintes Russland«, dieses Mal waren es 17 Millionen Menschen weniger.

Weltweit befindet sich der neoliberale Kapitalismus in einer tiefen Krise. Die soziale Spaltung nimmt zu, Rechtspopulisten erstarken, Kriege und Flucht sind für immer mehr Menschen zum Alltag geworden. Wie können linke, sozialistische und kommunistische Parteien und Bewegungen ihre Kooperation weltweit ausbauen und wieder bedeutend werden?

Die Zerstörung der Sowjetunion wurde im Westen mit dem Zusammenbruch des gesamten Sozialismus gleichgesetzt. Doch die kommunistischen Parteien, Arbeiter- und linke Parteien konnten sich mittlerweile von den Erschütterungen der 1990er Jahre erholen. Sie entwickelten sich weiter und führen den Kampf für die Interessen der Werktätigen. Die regierenden kommunistischen Parteien in China, Vietnam und Kuba leisten eine gute Arbeit und entwickeln ihre Gesellschaften weiter.

Aktuell existieren in der Welt mehr als 120 kommunistische und Arbeiterparteien in 90 Ländern. Seit 1998 gibt es jährliche internationale Treffen ihrer Vertreter. Initiator ist die Kommunistische Partei Griechenlands. Die KPRF beteiligt sich aktiv an dieser Arbeit und ist Teil der ständigen Arbeitsgruppe für die Vorbereitung der Konferenzen. Die letzte Zusammenkunft fand vom 28. bis zum 30. Oktober 2016 in Hanoi statt. In Vietnam waren Vertreter von 58 Parteien anwesend. Für die KPRF ist es sehr wichtig, dass der Feier des bevorstehenden 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Alle Parteien der Konferenz haben dem Vorschlag der KPRF zugestimmt, das diesjährige Treffen in Russland durchzuführen. Die Stärkung jeder einzelnen kommunistischen Partei dient der Sache des Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die zunehmenden Widersprüche zu lösen. Das bedeutet, dass die Hauptprobleme im jeweils eigenen Land sowie jene des ganzen Planeten von linken Kräften gelöst werden müssen.

Übersetzung: Artur Leier

Dmitri Georgiewitsch Nowikow ...ist stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF)
